# V-2 Kein Ausbau fossiler Infrastruktur!

| | |
|---|---|
| Gremium: | Länderrat |
| Beschlussdatum: | 02.07.2023 |
| Tagesordnungspunkt: | V Verschiedenes |

## Antragstext

In den letzten Jahrzehnten ist die Energieversorgung in Deutschland maßgeblich auf Energieimporte aus Russland in Form von Erdgas aufgebaut worden. Das hat sich durch den brutalen Überfall Russlands auf die ganze Ukraine radikal geändert.

Bis dahin gab es verschiedene Vorhaben, LNG-Kapazitäten in Deutschland aufzubauen, diese sind aber aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit gescheitert oder wenigstens nicht weiter verfolgt worden.

Durch den Wegfall russischen Billiggases hat sich der Preis von Energieträgern, insbesondere Gas, stark erhöht und LNG ist wirtschaftlich attraktiver geworden. Große Teile der Industrie, insbesondere der Petrochemie, sind nach wie vor auf Erdgas angewiesen und von den Preisen abhängig.

Die Bundesregierungen der letzten Jahre haben dabei Erdgas als die saubere und klimafreundliche Alternative zu anderen Energieträgern dargestellt und damit keine Ambitionen gezeigt, den Ausstieg aus diesem Energieträger in die Wege zu leiten.

Ein Ausbau der LNG-Infrastruktur ist damit vor allem eine milliardenschwere Subventionierung von fossilen Geschäftsmodellen, zu Gunsten von wenigen Großkonzernen und zulasten von Mensch und Umwelt.

Erdgas ist nicht klimafreundlich und wird es auch nie sein. Durch Leckagen ist die Klimawirkung von Erdgas nicht einmal besser als die von anderen Energieträgern.

**Die Grüne Jugend fordert einen schnellen Ausstieg aus Erdgas, denn sauberes Erdgas ist eine dreckige Lüge!**

Statt den Wegfall von russischem Erdgas durch einen massiven und lange

verschlafenen Ausbau der erneuerbaren Energien zu kompensieren, bleibt die Bürokratie für Solaranlagen und insbesondere für Windkraftanlagen viel zu hoch. Die Handbremse, die in der Energiewende in den letzten Jahrzehnten angezogen wurde, ist noch immer nicht gelöst.

Gleichzeitig sollen mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz für fossile Infrastruktur nicht nur die Bürokratie abgebaut werden, die bei den Erneuerbaren die Energiewende systematisch ausbremst, sondern darüber hinaus auch noch alle anderen Umweltprüfungen. Begründung ist eine kurzfristige, wenige Monate andauernde potentielle Gasmangellage, die durch Sparmaßnahmen und geregeltes Herunterfahren von industriellen Verbrauchen kompensiert werden könnte.

Unter der Schutzbehauptung, die Versorgungssicherheit gewährleisten zu wollen, werden massive Umweltschäden für unnötige fossile Überkapazitäten billigend in Kauf genommen.

**Die Grüne Jugend kritisiert dieses Vorgehen scharf und fordert ein Moratorium für alle Verfahren, die nach dem LNG-Beschleunigungsgesetz durchgeführt werden. Grundlegende Umweltgesetze müssen eingehalten werden!**

Die Umrüstung auf Wasserstoff ist entgegen anfänglicher Behauptungen technisch nicht möglich. Die Umrüstung auf Wasserstoffderivate wie Ammoniak ist mit gigantischen Kosten verbunden. Damit werden die Terminals in naher Zukunft keinen Beitrag zur Versorgung mit Wasserstoff beitragen, zumal nicht geklärt ist, woher in entsprechenden Mengen Wasserstoff oder Wasserstoffderivate bezogen werden sollen. Dabei ist aus Sicht der Grünen Jugend ausschließlich grüner Wasserstoff eine Option und auch nur dann, wenn dieser ohne Ausbeutung von Menschen, ohne signifikante Umweltzerstörung und ohne weitere klimaschädliche Emissionen produziert wird.

Als Grüne Jugend kritisieren wir insbesondere auch die ausbeuterischen Systeme, in denen das Erdgas, das als LNG transportiert werden soll, gefördert wird.

Während das Pipelinegas aus Russland durch die Sanktionen der EU nicht mehr bezogen wird, ist der Import von dem gleichen Gas per Schiff nach wie vor zulässig und war zuletzt auch Praxis. Das Verbot von Pipelinegas als Reaktion auf den Angriff Russlands auf die ganze Ukraine ist richtig, um das völker- und menschenrechtsfeindliche System Putin zu schwächen, doch eine Sanktionierung lediglich einer Transportweise, um auf eine umweltschädlichere zurückzugreifen, kann und darf nicht im Sinne der Sanktionen sein.

Es ist davon auszugehen, dass ein signifikater Teil der Gasmenge etwa aus den USA kommen wird. Das die "älteste Demokratie" ein großes Problem mit Rassismus und Ungleichheit hat, ist bekannt. Doch bei der Ausbeutung von Erdgasvorkommen,

oft durch Fracking, spitzt sich dieser unhaltbare Zustand dramatisch zu. Die gigantischen Gewinnmargen bleiben in den Taschen der Konzerne, während die Anlagen ganze Landstriche zerstören und Arbeiter*innen mit niedrigen Löhnen abgespeist werden. Die Umweltzerstörungen sorgen dafür, dass Böden nicht mehr bewirtschaftet werden können und das Grundwasser vergiftet ist. Betroffene Menschen sind überdurchschnittlich oft arme Menschen und People of Colour.

Weitere Staaten, die als Expoteure im Gespräch sind wie etwa Quatar für Ausbeutung und Missachtung von Menschenrechten und Umwelt- und Klimaschutz bekannt. Der Import von LNG aus diesen Ländern befördert die Energieversorgung in eine neue Abhängigkeit von Autokratien. Die Folgen einer solchen Abhängigkeit sind bei der Abhängigkeit von russischem Gas deutlich geworden. Dieser Fehler darf nicht noch einmal begangen werden.

**Die Grüne Jugend fordert, keine neuen Abhängigkeiten von autokratischen Systemen zu schaffen.**

**Bei dem staatlich organisierten Aufbau neuer Infrastruktur dürfen keine neuen Ungleichheiten und Klima- und Umweltzerstörungen entstehen oder bestehende gefestigt werden. Eine zukunftsfähige, weil sichere, soziale, umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung ist nur durch den Ausbau von Erneuerbaren Energien vor Ort möglich.**

## Begründung

Quellen:

Wirtschaftlichkeit und Lock-Inn

https://www.energiezukunft.eu/politik/lng-terminals-geldverschwendung-fuer-fossile-abhaengigkeit/

LNG aus Russland

https://www.zdf.de/nachrichten/politik/fluessigerdgas-russland-lng-100.html

https://www.businessinsider.de/wirtschaft/russland-exportiert-auch-2023-grosse-mengen-lng-nach-europa-das-sind-die-gruende-dafuer-a/

LNG aus den USA

https://www.deutschlandfunkkultur.de/fluessiggas-aus-usa-umwelt-klimakrise-100.html